

**ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
AN DAS DESIGNIERTE KOMMISSIONSMITGLIED**

Mariya Gabriel

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

1. Allgemeine Befähigung, Einsatz für Europa und persönliche Unabhängigkeit

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind für Ihre künftige Tätigkeit als Kommissionsmitglied und für das allgemeine Wohl der EU besonders relevant, insbesondere in Bezug auf das Ressort, für das Sie zuständig wären? Was motiviert Sie? Wie würden Sie dazu beitragen, die strategische Agenda der Kommission voranzubringen?

Welche Garantien für Ihre Unabhängigkeit können Sie dem Europäischen Parlament vorlegen, und wie können Sie sicherstellen, dass durch Ihr vergangenes, derzeitiges und künftiges Handeln keine Zweifel daran aufkommen, wie Sie Ihr Amt in der Kommission ausüben?

Heute, zwei Jahre nach Annahme der Strategie für den digitalen Binnenmarkt, ist die Union damit befasst, eine große Herausforderung zu bewältigen: Wir müssen den digitalen Wandel als Chance verstehen und zum Wohle der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Dazu müssen wir auf unseren Erfolgen und unserem Potenzial aufbauen, weiter in diese Bereiche investieren und gleichzeitig den neuen Realitäten und Herausforderungen mit innovativen Instrumenten begegnen. Die Interessen der Bürger müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Nur durch einen regelmäßigen Dialog und eine stärkere Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern wird es uns gelingen, die heute bestehenden digitalen Barrieren zu überwinden und auf dieser Grundlage unsere Werte und Grundsätze wirksamer zu schützen.

Der digitale Binnenmarkt bildet eine der 10 Prioritäten von Präsident Juncker. Gemäß diesen Prioritäten werde ich auf die Vollendung des digitalen Binnenmarktes hinarbeiten und dabei vor allem zwei überaus wichtigen Ziele im Blick haben: die Förderung von Wirtschaftswachstum und Investitionen und den Schutz der Interessen und Rechte der Bürger. Dafür ist auch ein rasches und entschlossenes Handeln zur Bewältigung der dringenden Herausforderungen erforderlich, die sich aus der ständigen Weiterentwicklung der Technologien sowie aus deren Nutzung und Missbrauch, etwa durch Cyberangriffe, ergeben.

Gestützt auf die Erfahrungen, die ich als Forschungsmitarbeiterin im Rahmen der beiden europäischen Projekte EQUAL und PARENEL gesammelt habe, werde ich anhand innovativer Arbeitsmethoden nach Lösungsansätzen suchen. Im Rahmen dieser Tätigkeiten habe ich gelernt, wie wichtig es ist, dass wissenschaftliche Forschung – auch finanziell –

unterstützt wird, damit Daten und Ressourcen gebündelt werden, denn nur auf diese Weise können wir beim wissenschaftlichen und technischen Fortschritt eine Vorreiterrolle einnehmen und so die Spitzenposition Europas behaupten. Als politische Entscheidungsträger Europas dürfen wir nicht untätig bleiben. Daher verpflichte ich mich, die für die Erreichung dieses Ziels notwendigen Instrumente und Maßnahmen umzusetzen.

Als ich anschließend im Alter von nur 30 Jahren ins Europäische Parlament gewählt wurde, konnte ich mein Engagement für Europa unter Beweis stellen und meine Vision für Europa voranbringen. Ich habe mich von Anfang an den Interessen der Bürger verschrieben. Meine Arbeit in verschiedenen Themenbereichen hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass wir unsere Innen- und unsere Außenpolitik aufeinander abstimmen müssen. Auf diese Kohärenz sollten wir unsere Maßnahmen ausrichten.

Im digitalen Bereich gibt es ein breites Spektrum an Themengebieten, in denen kohärente politische Maßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt werden sollten. Ich denke da insbesondere an die Strategie für den digitalen Binnenmarkt und den Investitionsplan, den Sozialssektor, die Energieunion und die Klimapolitik sowie an die Wirtschafts- und Währungsunion. Dies betrifft viele parlamentarische Ausschüsse, die sich mit den unterschiedlichsten Herausforderungen befassen: mit der Sicherheit unserer Bürger und unseren Grundrechten und Freiheiten (LIBE), der Rolle der Frau im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Wirtschaft (FEMM), der Internetversorgung in ländlichen Gebieten und den generationsbedingten Herausforderungen (AGRI) sowie mit der Rolle Europas in der Welt (AFET) – um nur einige Beispiele zu nennen. Im Rahmen meiner Abgeordnetenmandate hatte ich Gelegenheit, mich aktiv an diesen Arbeiten zu beteiligen. Bei meiner künftigen Tätigkeit werde ich mich von einem ganzheitlichen Ansatz leiten lassen, bei dem die Bürger im Mittelpunkt stehen.

All diese zu meinem Ressort gehörenden Aspekte werde ich in Abstimmung mit Vizepräsident Ansip und den Kommissionsmitgliedern des Projektteams angehen. Meine Arbeitsweise beruht auf Dialog, Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft, und ich strebe konkrete Ergebnisse für die Bürger an. So werde ich auch als Kommissionsmitglied in den mir zugewiesenen Politikbereichen arbeiten.

In diesem Zusammenhang messe ich dem Europäischen Parlament als gleichberechtigtem Gesetzgeber neben dem Rat und Schnittstelle zur Weiterleitung des Bürgerwillens eine sehr große Bedeutung bei. Ich zähle auf die Unterstützung des Europäischen Parlaments sowie der Mitgliedstaaten, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen und die wirksame Umsetzung unserer Politik zu gewährleisten.

Ich habe zu jedem Zeitpunkt nach Buchstaben und Geist der EU-Verträge und im europäischen Interesse gehandelt. Seit meiner Berufung ins Europäische Parlament habe ich keine anderen Ämter bekleidet und bin keiner sonstigen Berufstätigkeit nachgegangen. Ich verpflichte mich, im Rahmen meiner neuen Funktion die in Artikel 17 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union und in Artikel 245 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Bezug auf Unabhängigkeit, Transparenz, Unparteilichkeit und Verfügbarkeit festgelegten Pflichten ab meiner Ernennung uneingeschränkt zu erfüllen. Ich werde die in den oben genannten Artikeln und im Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder festgelegten ethischen Normen einhalten.

Ich habe die dem Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder beigefügte Interessenerklärung ordnungsgemäß ausgefüllt und zugänglich gemacht und verpflichte mich, diese Erklärung im Falle von Änderungen unverzüglich zu aktualisieren und den Präsidenten davon in Kenntnis zu setzen.

Ich verpflichte mich, Standpunkte und Situationen zu vermeiden, die meine Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Verfügbarkeit als Mitglied der Kommission infrage stellen könnten. Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um jedwede Situation zu vermeiden, die zu einem Interessenkonflikt in Bezug auf die Wahrnehmung meiner Aufgaben führen könnte, und entsprechende Situationen bestmöglich zu lösen.

2. Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Wie würden Sie Ihre Aufgabe als Mitglied des Kollegiums der Kommissionsmitglieder beurteilen? In welcher Hinsicht würden Sie sich selbst für Ihr Handeln und das Handeln der Ihnen unterstellten Abteilungen als verantwortlich und gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig halten?

Welche besonderen Zusagen können Sie abgeben, was mehr Transparenz, bessere Zusammenarbeit und die tatsächliche Weiterbehandlung der vom Parlament geäußerten Standpunkte und Forderungen nach Legislativinitiativen anbelangt? Sind Sie im Hinblick auf geplante Initiativen und laufende Verfahren bereit, dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat Informationen zu übermitteln und Einsicht in Unterlagen zu gewähren?

Präsident Juncker hat den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zugesagt, einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen und gleichzeitig den gesamten Prozess der Ausarbeitung politischer Maßnahmen der Kommission transparenter zu gestalten, um die Legitimität ihres Handelns auf europäischer Ebene zu stärken. Mit der interinstitutionellen Vereinbarung „Bessere Rechtsetzung“ wurde diese Transparenzinitiative in den Standard-Arbeitsverfahren der Kommission verankert. Diese Zusage werde ich in vollem Umfang einhalten und auch meinen Führungsstil danach ausrichten.

Bei meinen politischen Initiativen werde ich von vornherein alle Kommissionsmitglieder der zu Beginn des Mandats der aktuellen Kommission eingerichteten Projektgruppen einbinden, um sicherzustellen, dass alle relevanten Anliegen berücksichtigt und bei der Ausarbeitung der Vorschläge bestmöglich in Einklang gebracht werden. Diese Aspekte werde ich auch in meine Arbeitsmethoden einfließen lassen, um zu gewährleisten, dass: i) das Parlament und der Rat bei der Einleitung, Ausarbeitung und Umsetzung politischer Maßnahmen umfassend eingebunden werden; ii) diese Interaktion auf offene, transparente, konstruktive und effiziente Weise vonstattengeht, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen; iii) die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse bei allen wichtigen Entwicklungen gleichzeitig und gleichberechtigt mit dem Rat eingebunden werden.

Ich bekräftige, dass ich mich für einen regelmäßigen intensiven Dialog mit dem Europäischen Parlament in jeder Phase des Gesetzgebungsverfahrens einsetzen werde, insbesondere mit den Ausschüssen ITRE, IMCO, JURI, CULT und LIBE, die bereits mit Vorschlägen der Kommission befasst sind.

Außerdem verpflichte ich mich, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Bedeutung von qualitativ hochwertigen Folgenabschätzungen und öffentlichen Konsultationen

hervorzuheben, ohne die politische Analysen auf europäischer Ebene verfälscht werden könnten.

3. Prioritäten

Welche Prioritäten möchten Sie im Rahmen Ihres künftigen Ressorts setzen, wobei der Schwerpunkt auf Arbeitsplätzen, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit liegt? Welchen Zeitplan verfolgen Sie bei der Umsetzung dieser Prioritäten? In welcher Weise beabsichtigen Sie, die Ausarbeitung und Annahme von Legislativvorschlägen zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts voranzubringen? Mit welchen Maßnahmen gedenken Sie für die Cybersicherheit in Europa Sorge zu tragen? Wie können Sie persönlich sicherstellen, dass die strengsten berufsständischen und ethischen Standards eingehalten, hochwertige Legislativvorschläge vorgelegt, Lobbytätigkeiten (in Bezug auf Sie und die Ihnen unterstellten Dienststellen) vollständig offengelegt und alle Interessenträger kohärent und ausgewogen konsultiert werden, zumal sorgfältige Folgenabschätzungen durchgeführt werden müssen?

Durch den digitalen Binnenmarkt soll sichergestellt werden, dass die digitale Revolution ein Motor für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa wird. Im gegenwärtigen politischen Umfeld, das von Zweifeln, ja sogar Misstrauen mancher Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem europäischen Projekt geprägt ist, muss meines Erachtens alles darangesetzt werden, die seit 2014 festgelegten politischen Prioritäten umzusetzen und sicherzustellen, dass die angekündigten Maßnahmen zügig durchgeführt werden, damit für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen schnellstmöglich konkrete Veränderungen sichtbar werden.

Ich freue mich, dass ich für ein Ressort benannt wurde, das künftig immer mehr an Bedeutung gewinnen dürfte und das eine beträchtliche politische Aufmerksamkeit vonseiten der beiden Gesetzgebungsorgane genießt. Im Einklang mit ihrer Ankündigung vom Mai 2015 hat die Europäische Kommission schon 35 politische Initiativen vorgelegt (darunter 21 Legislativvorschläge), die bereits spürbare Erfolge hervorgebracht haben. Insbesondere auf folgende dieser Initiativen könnte ich verweisen, um den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen die Vorteile unserer Politik vor Augen zu führen: die Abschaffung der Roaming-Gebühren, die Portabilität von Inhalten innerhalb der EU, die Nutzung des 700-MHz-Funkfrequenzbandes für Hochgeschwindigkeitsnetze, die Initiative „WiFi4EU“, in deren Rahmen in tausenden Städten und Gemeinden in der Europäischen Union kostenlose öffentliche WLAN-Hotspots eingerichtet werden sollen, und in Bezug auf das Urheberrecht die Umsetzung des Vertrags von Marrakesch in der EU, wodurch blinden oder sehbehinderten Menschen der Zugang zu Büchern und anderen gedruckten Texten erleichtert wird.

Um die übrigen Gesetzesinitiativen voranzubringen, sind hingegen noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Wir müssen mit den beiden Gesetzgebungsorganen insbesondere eine politische Einigung über die Vorschläge zum Kodex für die elektronische Kommunikation, die Reform der Urheberrechte und der audiovisuellen Mediendienste sowie in Bezug auf ungerechtfertigte geografische Sperren (sogenanntes Geoblocking) erzielen. Ich bin überzeugt, dass es uns dank meiner Erfahrungen aus dem Europäischen Parlament und einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Rat in den laufenden Legislativverhandlungen gelingen wird, den von den Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates vereinbarten Zeitplan einzuhalten.

Wie im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt angekündigt wurde, werde ich weitere konkrete Initiativen mit folgenden Zielsetzungen ausarbeiten: Erhöhung der Cybersicherheit, Gleichberechtigung zwischen Plattformen und deren Betreiberunternehmen, Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs nicht

personenbezogener Daten sowie Förderung der Zugänglichkeit und der Weiterverwendung von Daten des öffentlichen Sektors und von mit Hilfe öffentlicher Mittel erlangten Daten.

Die Wirksamkeit des europäischen Mechanismus zur Vorbeugung und Bekämpfung von Cyberangriffen muss verbessert werden, auch um den Schutz der europäischen Institutionen sowie der politischen Verfahren zu gewährleisten. Deshalb werde ich bis September dieses Jahres die Strategie der Europäischen Union im Bereich der Cybersicherheit überprüfen und einen Vorschlag für ein neues Mandat der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit vorlegen, das den neuen Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Bedrohung durch Cyberangriffe ergeben, besser Rechnung trägt. Die Kommission wird ferner Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen in Bezug auf Normen für die Cybersicherheit sowie für die Zertifizierung und die Kennzeichnung ausarbeiten, um die Sicherheit vernetzter Geräte zu erhöhen.

Ein besonderes Augenmerk werde ich auf die Herausforderungen richten, die sich aus der Digitalisierung für unsere europäische Gesellschaft und unser Sozialmodell ergeben. So müssen wir beispielsweise dafür sorgen, dass digitale Innovationen unseren Bürgerinnen und Bürgern unter Wahrung der demokratischen und sozialen Werte Europas den größtmöglichen Nutzen bringen. Außerdem müssen wir die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen insbesondere durch allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen sowie eine bessere Abstimmung der einzelnen nationalen Systeme der sozialen Sicherheit dabei unterstützen, den Übergang zur digitalen Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen. Ferner sind moderne, flexible und interoperable öffentliche Verwaltungen und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung für eine digitale, offene, effiziente und inklusive Wirtschaft. In diesem Zusammenhang werde ich die laufenden Maßnahmen im Bereich der Interoperabilität weiterentwickeln und ein ehrgeiziges Programm zur Förderung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen verfolgen.

Um in den kommenden Monaten die Vorbereitung der legislativen Arbeit zu verbessern und die Annahme von Legislativvorschlägen zu erleichtern, werde ich mich auf meine Erfahrungen im Europäischen Parlament, meine Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gesprächspartnern sowie zum Zuhören und zum Dialog stützen, um einen aktiven Beitrag zum Teamwork innerhalb der Kommission zu leisten, vor allem im Projektteam „Digitaler Binnenmarkt“ unter dem Vorsitz von Vizepräsident Ansip.

Bei der Ausarbeitung künftiger Maßnahmen, insbesondere bei Legislativvorschlägen und der Ausgabenplanung, werde ich die höchsten Qualitätsstandards walten lassen. Ich werde die Vorgaben der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission und der interinstitutionellen Vereinbarung „Bessere Rechtsetzung“ genauestens einhalten. Diese Vorgaben sind von maßgeblicher Bedeutung für die Qualität der Vorschläge und können außerdem dazu beitragen, deren Legitimität zu erhöhen und das Ansehen der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Ein besonderes Augenmerk werde ich sorgfältigen Folgenabschätzungen widmen, da durch diese die Vorschläge der Europäischen Kommission auf der Grundlage einer eingehenden und vielschichtigen Analyse besser optimiert und ausgerichtet werden können. Im Rahmen meiner Tätigkeit im Europäischen Parlament habe ich wiederholt festgestellt, wie wichtig eine sorgfältige Organisation öffentlicher Konsultationen ist; die Konsultationen müssen offen und zugänglich gestaltet sein, damit sie zur Verbesserung der Qualität und zur Erhöhung der Legitimität in den Augen der Bürgerinnen und Bürger in Europa beitragen können.

Und schließlich werde ich dafür sorgen, dass meine Dienststelle, mein Team und ich selbst die von den europäischen Organen festgelegten strengen berufsständischen und ethischen

Standards in vollem Umfang einhalten, die die Grundlage unserer Tätigkeit für die Kommission bilden. Von maßgeblicher Bedeutung für eine offene und unvoreingenommene Interaktion mit allen Beteiligten und Interessenträgern ist in diesem Zusammenhang Transparenz bezüglich der Tätigkeit von Lobbygruppen in Bezug auf meine Dienststelle, mein Kabinett und mich selbst.

4. Elektronische Kommunikation

Welche Ansichten vertreten Sie in Bezug auf die derzeitige Überprüfung des Rahmens für die elektronische Kommunikation und das GEREK bei den folgenden Themen?

- (i) Bedeutung des Wettbewerbs und von Investitionen in der Branche**
- (ii) Wichtigste Probleme im Binnenmarkt für das Festnetz und Festnetzdienste sowie Mobilfunknetze und -dienste und für deren Nutzer – und welche Lösungen würden Sie bevorzugen?**
- (iii) Derzeitige Entwicklungen beim Netzausbau (lokale und regionale Netze, 4G- und 5G-Netze, Marktkonzentration)**
- (iv) Künftige Aufgaben des GEREK**

(i) Ich bin überzeugt, dass der Wettbewerb der Netzanbindung und den damit verbundenen Investitionen förderlich ist. Wettbewerb zieht Investitionen nach sich und trägt damit zu den Vernetzungszielen Europas bei. Zum aktuellen Zeitpunkt kommt es vor allem darauf an, gestützt auf Festnetz- und Mobilfunkinfrastrukturen mit sehr hoher Übertragungsgeschwindigkeit einen uneingeschränkten Netzzugang zu ermöglichen. Das ist eine Grundvoraussetzung für einen digitalen Binnenmarkt. Hochgeschwindigkeits-Netzanschlüsse werden für die Bürger in Europa in den Ballungsgebieten wie auch auf dem Land immer wichtiger.

Ich bin für eine Politik, die der Bedeutung des Wettbewerbs für die Investitionsförderung und damit für die Vernetzung in Europa Rechnung trägt. Wir dürfen gegenüber anderen Weltregionen nicht ins Hintertreffen geraten und müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer immer mehr auf Telekommunikationsinfrastruktur angewiesenen Wirtschaft gewährleisten.

Die Erfahrung lehrt, dass die Vorab-Regulierung des Telekommunikationssektors eine wichtige Rolle für den Zugangs- und den Infrastrukturwettbewerb und die Förderung von Koinvestitionen spielt. Letztere sind für ländliche Gebiete, wo der Netzausbau weit hinterherhinkt und die Kosten pro Haushalt oft höher sind, von entscheidender Bedeutung. Insgesamt haben zwar 76 % der Menschen in Europa Zugang zu den Netzen der nächsten Generation, aber in ländlichen Gebieten sind es nur 40 %.

Wichtig ist auch, wofür sich die Nutzer entscheiden: Eine Modernisierung des Universaldienstes ist notwendig, damit ein Anschluss für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer sozialen Lage erschwinglich wird.

(ii) Die Telekommunikationsnetze müssen integraler Bestandteil des Binnenmarkts sein, da die von ihnen abhängigen Dienstleistungen grenzüberschreitend erbracht werden und zugänglich sind. Die Anbieter digitaler Dienstleistungen müssen eine europäische und nicht nur eine nationale Nachfrage decken können. Der neue Kodex für die elektronische Kommunikation soll hierbei Abhilfe schaffen, wobei die nachstehend dargelegten Punkte meiner Ansicht nach am dringlichsten sind.

Im Festnetzbereich besteht die wichtigste Herausforderung darin, zu gewährleisten, dass regulatorische Vorschriften nur dann auferlegt werden, wenn dadurch ein echtes, die Verbraucher schädigendes Wettbewerbsproblem gelöst werden kann. Mit anderen Worten: Die Regeln müssen verhältnismäßig und berechenbar sein.

Beim Mobilfunknetz ist ein Zugang zum Frequenzspektrum in einem angemessenen Zeitrahmen und zu berechenbaren, nachhaltigen Konditionen zu gewährleisten, wobei der finanziellen Herausforderung des Auf- und Ausbaus sehr dichter 5G-Hochgeschwindigkeitsnetze Rechnung zu tragen ist. Bessere Investitionsbedingungen sind mit im öffentlichen Interesse liegenden Anforderungen zu verknüpfen, insbesondere was die Netzabdeckung und die Bereitstellung von Frequenzressourcen für die Betreiber anbelangt. Ich möchte auf ein ausgewogenes Verhältnis von legitimen Anliegen der Mitgliedstaaten und dem Bedarf der europäischen Unternehmen und Bürger an einer besseren Koordinierung bestimmter Aspekte der Frequenzverwaltung hinwirken.

Was Festnetz- und Mobilfunkdienstleistungen und ihre Nutzer anbelangt, sehe ich zwei Hauptherausforderungen: Zum einen müssen sämtliche Nutzer von Telekommunikationsdienstleistungen unabhängig von der verwendeten Technologie wirksam geschützt werden. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Sicherheit und Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation. Zum anderen müssen die Verbraucherschutzregeln den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst werden.

(iii) Die EU hat sich mit Erfolg um eine bessere Vernetzung bemüht, aber die bisherigen Fortschritte sind im Hinblick auf die künftigen Bedürfnisse in Punkto Geschwindigkeit, Qualität der Dienste und Verbindungsstabilität, wie sie in der Strategie „*Hin zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft*“ für 2025 dargestellt werden, noch unzureichend.

Die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen intensivieren und zuvorderst ihre nationalen bzw. regionalen Breitbandnetzausbau-Pläne im Hinblick auf den Zeithorizont 2025 überarbeiten.

Ungeachtet des Engagements, das von den privaten Betreibern erwartet wird, sind nach aktuellen Schätzungen 155 Mrd. EUR an zusätzlichen privaten und öffentlichen Investitionen erforderlich, um die gesteckten Ziele bis 2025 zu erreichen. Aus diesem Grund wurden die Telekommunikationsvorschriften modernisiert, damit sie die für die Planung langfristiger Investitionen erforderliche Rechtssicherheit bieten. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die neuen Regeln möglichst rasch verabschiedet werden, um die für die Investoren erforderliche Rechtssicherheit zu schaffen.

Die Strukturfonds, der Europäische Fonds für strategische Investitionen und die Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ stehen bereit; jetzt liegt es an uns, unsere Kreativität unter Beweis zu stellen und unseren Beitrag auszuweiten. Die Kommission wird diese Gesichtspunkte bei den vorbereitenden Arbeiten für den nächsten Programmplanungszeitraum einbeziehen. Ich zähle auf Ihre Unterstützung, damit für die Verwirklichung unserer gemeinsamen ZIELSETZUNGEN für Europa ausreichende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

(iv) Das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation („GEREK“) hat in erheblichem Maße zu den Bemühungen um einen echten Telekommunikationsbinnenmarkt beigetragen. Seine Tätigkeit ist für einen einheitlichen Ansatz für die Regulierung unverzichtbar. Vor kurzem wurde die Rolle des Gremiums in Bereichen wie der Netzneutralität oder dem Roaming ausgeweitet.

Die Bedeutung dieses Gremiums bei der Formulierung einer strategischen Vision der europäischen Politik im Bereich der elektronischen Kommunikation wurde auch vom Europäischen Parlament in dessen Entschließung „Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt“ vom 19. Januar 2016 anerkannt. Dort wird die Kommission aufgefordert, zwecks Fortsetzung der Integration des digitalen Binnenmarkts dafür Sorge zu tragen, dass ein effizienterer institutioneller Rahmen geschaffen wird, mit dem die Aufgaben, die Kapazität und die Entscheidungsbefugnisse des GEREK ausgeweitet, seine finanziellen und personellen Ressourcen aufgestockt und seine Führungsstrukturen entsprechend erweitert werden. Diesem Ziel dient der Kommissionsvorschlag, und ich werde gemeinsam mit den gesetzgebenden Organen daran arbeiten, die bestmögliche Lösung zu finden.

5. Zusammenarbeit und legislative Kontrolle

Wie würden Sie als Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft sicherstellen, dass die Abstimmung mit den Vizepräsidenten, in deren Teams Ihr Ressort fällt, und mit den anderen Kommissionsmitgliedern in Ihren Teams reibungslos verläuft, und wie möchten Sie zu einem konstruktiven Arbeitsverhältnis zu dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie beitragen? Genauer gesagt, mit welchen Maßnahmen würden Sie die legislative Kontrolle des Ausschusses in Bezug auf legislative und nichtlegislative Verfahren (auch bei der Ausarbeitung von Rechtsakten sowie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten) und die legislative Kontrolle der Umsetzung dieser Rechtsakte erleichtern?

In einem Ressort, das in vielerlei Hinsicht strategische Bedeutung hat und sich mit den Zuständigkeitsbereichen mehrerer Vizepräsidenten und Kommissionsmitglieder überschneidet, ist die Abstimmung mit den Kollegen keine bloße Option, sondern eine absolute Notwendigkeit.

Solange ich dieses Ressort inne habe, werde ich eng mit meinen Kommissarskollegen zusammenarbeiten, einen intensiven Austausch mit den Abgeordneten und den Parlamentsausschüssen sowie dem Ministerrat pflegen und den konstruktiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft und allen Interessenträgern suchen.

Ich werde eng mit dem für den digitalen Binnenmarkt zuständigen Vizepräsidenten zusammenarbeiten, um die laufenden Vorschläge zur Verabschiedung zu bringen, der vor kurzem durchgeführten Halbzeitüberprüfung der Binnenmarktstrategie Rechnung zu tragen und neue Vorschläge zur Vollendung dieses Binnenmarkts auszuarbeiten. Gemeinsam mit der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik, dem für den digitalen Binnenmarkt zuständigen Vizepräsidenten und dem für die Sicherheitsunion zuständigen Kommissionsmitglied werde ich Maßnahmen ausarbeiten, mit denen die Cybersicherheit in Europa erhöht wird. Meine einschlägigen Erfahrungen in den Ausschüssen LIBE und AFET werden mir dabei von großem Nutzen sein.

Ferner werde ich einen Beitrag zu der vom Vizepräsidenten mit Zuständigkeit für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit geleiteten Projektgruppe leisten, um die geeigneten Rahmenbedingungen zur Anregung privater und öffentlicher Investitionen zu schaffen. Ich werde eng mit dem Ersten Vizepräsidenten zusammenarbeiten, um die Meinungsfreiheit, die Informationsfreiheit, die Medienvielfalt sowie die Vielfalt und Offenheit des Internets zu fördern. In allen diesen Bereichen wird das für den Haushalt und die Humanressourcen zuständige Kommissionsmitglied ein wichtiger Partner sein.

In Zusammenarbeit mit dem für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständigen Kommissionsmitglied möchte ich die Entwicklung der Medien-, Inhalte- und Kreativbranchen in Europa unterstützen. Der Zusammenarbeit mit dem für Beschäftigung, Soziales,

Qualifikationen und Mobilität der Arbeitskräfte zuständigen Kommissionsmitglied, dem für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständigen Kommissionsmitglied und dem für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung zuständigen Kommissionsmitglied zur Stärkung und Förderung der digitalen Kompetenzen und der Weiterbildung sehe ich erwartungsvoll entgegen.

Besonders am Herzen liegen mir der Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament als dem Organ, das im Rahmen des institutionellen Dreiecks der EU für die demokratische Kontrolle steht. Ich werde die Erwartungen und Anregungen des Parlaments für mein Ressort aufnehmen und beachten. Ich zähle auf Sie und Ihre Unterstützung, um unsere Ziele im Geiste der Transparenz und des Dialogs zu verwirklichen und um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas zu verteidigen und zu fördern.

6. Ressort

Gemäß Artikel 167 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union müssen kulturelle Aspekte bei der Politikgestaltung der Union durchgehend berücksichtigt werden. Im Fall des Ihnen zugewiesenen Ressorts wird außerdem ausdrücklich betont, dass die kulturelle und sprachliche Vielfalt garantiert und gefördert werden muss. Wie würden Sie dafür sorgen, dass der Bereich Kultur bei den Strategien und Maßnahmen, die Sie umsetzen möchten, angemessen berücksichtigt wird? Wie würden Sie dafür sorgen, dass den besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften der Kultur- und Kreativbranche, insbesondere der Produktion und Nutzung kultureller und kreativer Inhalte, in der digitalen Wirtschaft Rechnung getragen wird? In welcher Form würden Sie sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Unterstützung der EU – unter anderem aus dem EFSI – für die Kultur- und Kreativbranche, insbesondere für die Bereiche Audiovisuelles und Film, erhöht wird? Sie sind für das Unterprogramm MEDIA des Programms „Kreatives Europa“ zuständig. Wie schätzen Sie die Leistung des Programms „Kreatives Europa“ allgemein und speziell die Leistung des Unterprogramms MEDIA ein? Welche Änderungen sehen Sie gegebenenfalls für das nächste Programm als wichtig an?

Die Kultur- und Kreativbranche ist ein wertvoller Trumpf für unsere Wirtschaft. Im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ ist das Unterprogramm MEDIA das wichtigste in meiner Verantwortung liegende Programm für kreative und kulturelle audiovisuelle Inhalte. Ziel des Programms ist vor allem der Schutz der kulturellen Vielfalt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Die beiden Ziele sind komplementär: Die Vielfalt unserer Kulturen ist eine der Ursachen für die hohe Qualität unserer Werke, und eine leistungsfähige Branche ist notwendig, um Produktion und Vertrieb in europäischem Maßstab zu gewährleisten. Auch das Programm „Horizont 2020“ umfasst einen kulturellen Zweig, da die digitale Technik erhebliches Potenzial für die Verbreitung der Kultur birgt.

*

Ich werde auf die Kohärenz unserer Instrumente zur Unterstützung der Kultur- und der Kreativbranche und unserer Regulierung achten. Dazu gehören:

- das MEDIA-Programm, das weiterhin die Kreation audiovisueller Inhalte und ihren Vertrieb innerhalb der Union fördern soll,
- der Abschluss der Verhandlungen über die Urheberrechts-Richtlinie: Mit dieser Richtlinie sollen u. a. Verpflichtungen für Portale eingeführt werden, von denen urheberrechtlich geschützte Inhalte heruntergeladen werden können und die zu einem wichtigen Vertriebszweig für Inhalte geworden sind. Ferner enthält sie Maßnahmen

für mehr Transparenz und zur Neujustierung der Beziehungen zwischen Urhebern und ihren Vertragspartnern;

- der Abschluss der Verhandlungen über die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die Produktion und Vertrieb europäischer Werke und insbesondere ihre Verbreitung über Video-auf-Abruf-Dienste (Mindestquote und Herausstellungspflicht) fördern soll.

*

Nach meiner Auffassung ist der Zugang zu Finanzmitteln für die Kreativ- und Kulturbranche angesichts der Schwierigkeiten, private Investoren zu finden, von fundamentaler Bedeutung. Im Jahr 2016 hat die Kommission im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ ein innovatives Finanzinstrument – einen Garantiemechanismus – mit einer Mittelausstattung von 120 Mio. EUR für 2016-2020 ins Leben gerufen, um kleinen und mittleren Unternehmen aus diesem Bereich den Finanzierungszugang und Finanzmittlern die Beurteilung der mit Investitionen einhergehenden Risiken zu erleichtern.

Aus diesem Garantiemechanismus dürften schon sehr bald die ersten Darlehen an KMU bewilligt werden.

Im Jahr 2016 feierte das MEDIA-Programm, das zu einem Synonym für künstlerische Qualität und Kreativität geworden ist, sein 25-jähriges Jubiläum.

Unsere Legislativvorschläge in diesem Bereich werden von einer Reihe konkreter, unter anderem aus MEDIA finanzierter Maßnahmen begleitet. Sie sollen europäische Werke im Internet zugänglicher und sichtbarer machen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen parallel zu den Verhandlungen über die betreffenden Gesetzgebungsakte eingeführt werden.

Im Dezember 2017 werde ich Parlament und Rat eine Halbzeitbewertung des Programms „Kreatives Europa“ einschließlich MEDIA sowie Vorschläge für die künftige Handhabung vorlegen.

Die Ergebnisse sind vielversprechend: sehr gute finanzielle Ausführung, pro Jahr 400 in anderen europäischen Ländern verbreitete Filme und ein Netz von 1000 europäischen Lichtspielhäusern in 33 Ländern, in denen ein hoher Anteil Filmproduktionen aus dem europäischen Ausland gezeigt wird.

7. Prioritäten

Sie sind dafür zuständig, zur Verwirklichung einer erfolgreichen europäischen Medien- und Inhaltebranche beizutragen, die neue Zielgruppen anspricht und das Potenzial des digitalen Umfelds erschließt. Es wurden bereits zahlreiche legislative und nichtlegislative Initiativen vorgeschlagen, die insbesondere dazu dienen, die Rechtsvorschriften im Bereich Medien auf den neuesten Stand zu bringen und das Urheberrecht zu modernisieren. Was sollte durch diese Initiativen Ihrer Ansicht nach erreicht werden, damit sie als Erfolg angesehen werden können? Planen Sie weitere Initiativen, um die Medien- und Inhaltebranche weiter zu fördern und den Zugang der Öffentlichkeit zu kulturellen Inhalten, insbesondere audiovisuellen Inhalten, zu verbessern? Planen Sie weitere Initiativen zum Schutz von Minderjährigen vor schädlichen Inhalten? Welche Legislativvorschläge möchten Sie vorlegen und wann, zumal das Ende der Wahlperiode ein gewisses Maß an Diskontinuität mit sich bringen wird? Ein zentraler Bestandteil einer erfolgreichen digitalen Wirtschaft ist eine gute Ausbildung der in diesem Bereich Beschäftigten. Wie kann die EU Ihrer Ansicht nach dazu beitragen, die derzeitige Lücke im Bereich digitale Kompetenzen zu schließen?

Welche weiteren Initiativen wären aufbauend auf der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen und Initiativen wie der Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze Ihrer Ansicht nach hilfreich, um die digitalen Kompetenzen in der EU zu verbessern?

Ich werde mich aktiv dafür einsetzen, dass die vorgeschlagenen Reformen, insbesondere im Hinblick auf das Urheberrecht und die Vorschriften im audiovisuellen Bereich, rasch verabschiedet werden und den von uns gesteckten Zielen gerecht werden. Dabei werde ich mich auf die laufenden Debatten im Europäischen Parlament und im Rat stützen.

Die **Reform der urheberrechtlichen Vorschriften**, die im September 2016 von der Kommission vorgeschlagen wurde, ist von entscheidender Bedeutung, um die geltenden Vorschriften an die digitalen Technologien und die neuen Formen des Zugangs zu Inhalten anzupassen. Ich halte es für dringend erforderlich, die vorgeschlagenen Ziele in allen angesprochenen Themenbereichen auch weiter mit Nachdruck zu verfolgen: Auswahl und Zugang zu Online-Inhalten; Modernisierung der Vorschriften in den Bereichen Forschung, Bildung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie gerechtere Regeln für ein besseres Funktionieren des Marktes für Urheberrechte. Die Initiativen zur **Portabilität von Online-Inhaltediensten und zum grenzüberschreitenden Zugang zu Radio- und Fernsehprogrammen** werden kulturelle und insbesondere audiovisuelle Inhalte zugänglicher machen.

Der **Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste** wird zur Zeit im Europäischen Parlament und im Rat geprüft. Ich hoffe auf die rasche Verabschiedung eines ausgewogenen Texts, der in kohärenter Weise alle neuen Akteure abdeckt, einen wirksamen Schutz für die Fernsehzuschauer und die Nutzer von audiovisuellen Inhalten bietet und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des audiovisuellen Sektors in der EU beiträgt. Der Vorschlag der Kommission zielt insbesondere darauf ab, den Zugang zu audiovisuellen Inhalten zu erleichtern und die Verpflichtungen der Videoabrufdienste im Hinblick auf die **Förderung europäischer Werke** zu verschärfen.

*

Minderjährige, die immer mehr audiovisuelle Inhalte über Videoabrufdienste konsumieren, müssen genauso geschützt werden wie es beim Fernsehen der Fall ist. Aus diesem Grund werde ich im Rahmen der **Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste** die vorgeschlagenen Maßnahmen für den Schutz von Minderjährigen verteidigen.

Außerdem werde ich mich auch weiterhin für die „**Safer Internet Centres**“ einsetzen, um das Internet für unsere Kinder sicherer zu machen. Ich möchte unsere Zusammenarbeit mit der „**Allianz für einen besseren Schutz von Minderjährigen im Internet**“ ausbauen, um im Wege der Selbstregulierung das Online-Umfeld für Kinder sowohl in Bezug auf Inhalte als auch im Hinblick auf schädliche Verhaltensweisen (z. B. Cyber-Mobbing) zu verbessern.

*

Die Digitalisierung führt, wie es auch bei früheren technischen Entwicklungen der Fall war, zu enormen Produktivitätssteigerungen. Sie hat allerdings auch Auswirkungen auf die Gesellschaft und insbesondere auf den Arbeitsmarkt. Bestimmte Arbeitsplätze verschwinden, andere werden geschaffen, und die meisten Arbeitsplätze verändern sich. Der digitale Wandel muss auf jeden Fall begleitet werden. Dabei muss in erster Linie dafür gesorgt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger die digitalen Kompetenzen erwerben, die es ihnen ermöglichen, mit den laufenden Veränderungen Schritt zu halten.

In der „Neuen europäischen Agenda für Kompetenzen“ hat die Kommission die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Strategien für den Erwerb digitaler Kompetenzen zu entwickeln. Darüber hinaus hat die Kommission die „Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze“ ins Leben gerufen. Ich werde mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um Kohärenz zwischen der Umsetzung der nationalen Strategien und den Initiativen der EU sicherzustellen.

Ich unterstütze voll und ganz das **Pilotprojekt „Digital Opportunity scheme for internships“**, das es Hochschulabsolventen und Studenten ermöglichen soll, in einem anderen Mitgliedstaat Berufserfahrung im digitalen Bereich zu sammeln. Dieses Pilotprojekt sollte ausgeweitet werden, damit so viele Hochschulabsolventen wie möglich die Möglichkeit erhalten, praktische Erfahrungen im digitalen Bereich zu sammeln.

8. Aktuelle Fragen

Die Notwendigkeit, hochwertige und unabhängige Medien zu garantieren, steht derzeit weit oben auf der politischen Agenda. Gleichzeitig besteht Einvernehmen darüber, dass mehr getan werden sollte, um den EU-Bürgern eine informative und unparteiische Berichterstattung über EU-Angelegenheiten anzubieten. Wie kann die EU Ihrer Ansicht nach dazu beitragen, diese hochwertige, unabhängige Berichterstattung über EU-Angelegenheiten über verschiedene Medienkanäle und insbesondere mittels neuer Medien und neuer Technologien zu unterstützen? Sie wurden insbesondere damit beauftragt, ein tragfähiges Geschäftsmodell für Euronews zu fördern. Wie beabsichtigen Sie, dabei vorzugehen? Und wie fügt sich Euronews in den umfassenderen Auftrag ein, eine unabhängige Berichterstattung über EU-Angelegenheiten anzubieten? Welche anderen Initiativen wollen Sie fördern und unterstützen? Sie wurden auch damit beauftragt, zu prüfen, wie die EU sinnvoll dazu beitragen kann, Bürger vor gezielten Falschmeldungen, insbesondere über Online-Plattformen, zu schützen. Wie beabsichtigen Sie, das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen der Rolle von Online-Plattformen, wenn es darum geht, Bürgern und Verbrauchern den Zugang zu Medien und kulturellen Inhalten zu ermöglichen, und der Notwendigkeit, einen robusten Regelungsrahmen für diese Plattformen zu schaffen?

Die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten erfolgt häufig aus nationaler oder regionaler Perspektive. Die letzte Eurobarometer-Umfrage ergab, dass sich nur 38 % der Europäer gut über EU-Angelegenheiten informiert fühlen. Ich denke, dass eine hochwertige und unabhängige Berichterstattung über EU-Angelegenheiten für die Bürgerinnen und Bürger und für den demokratischen europäischen öffentlichen Raum von entscheidender Bedeutung ist.

Die Haushaltsbehörde hat ihre Unterstützung für diese Sichtweise über die Haushaltslinie „Multimedia-Aktionen“ zum Ausdruck gebracht. Diese Aktionen zielen darauf ab, eine gesamteuropäische Berichterstattung über EU-Angelegenheiten zu fördern, die sich von den nationalen Perspektiven löst, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich in der europäischen Politik zu engagieren.

Auch wenn die Mittel im Vergleich zu denen der Mitgliedstaaten oder denen des Privatsektors nur begrenzt sind, hat die Kommission versucht, eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, indem sie die von den Bürgerinnen und Bürgern am meisten genutzten Formate fördert:

- Fernsehen: Unterstützung des paneuropäischen Senders Euronews
- Radio: Finanzierung des Radionetzwerks Euranet Plus
- Neue Technologien: Unterstützung für die Produktion von Online-Inhalten auf der Grundlage des Datenjournalismus. Es sind zwei Gruppen von Medien ausgewählt worden. Diese Aktion hat erstmals eine Zusammenarbeit zwischen der deutschen Presseagentur

DPA, der französischen Presseagentur AFP und der italienischen Presseagentur ANSA ermöglicht.

*

Ich bin dafür zuständig, ein tragfähiges Geschäftsmodell für Euronews zu entwickeln und zu fördern, indem ich unter Achtung der redaktionellen Unabhängigkeit den Gemeinwohlaufrag des Senders weiterentwickle und ihn dabei unterstütze, neue Partner finden und die digitalen Übertragungstechnologien besser zu nutzen.

Die Kommission unterstützt Euronews seit seiner Gründung im Jahr 1993. Im Jahr 2010 hat die Kommission anerkannt, dass Euronews eine Gemeinwohlaufrag im Interesse der Union wahrnimmt, da Euronews nach wie vor der einzige Sender ist, der über EU-Angelegenheiten aus einer über die einzelnen EU-Staaten hinausgehenden Perspektive berichtet. Deshalb wurde beschlossen, eine Partnerschaftsvereinbarung und einen stabilen Kooperationsrahmen für seine Finanzierung abzuschließen.

Das Europäische Parlament hat mehrfach gefordert, die Unterstützung für Euronews fortzusetzen und auszubauen, um die Mehrsprachigkeit des Senders und seine Rolle bei der Schaffung eines europäischen öffentlichen Raums sowie für die kulturelle Diplomatie der EU sicherzustellen. Die verschiedenen seit 2009 durchgeführten Bewertungen haben ergeben, dass der Sender diese Aufgaben erfüllt hat.

Euronews verfolgt seit Kurzem eine ehrgeizige Strategie zur Anpassung seines Produktions- und Distributionsmodells an die neuesten Markttendenzen. Die Kommission verfolgt eingehend die Umsetzung dieses neuen Modells, um sicherzustellen, dass Euronews seiner historischen Aufgabe auch weiterhin gerecht wird, und um festzustellen, wie die Maßnahmen der Kommission wirksamer gestaltet werden können.

Die Kommission hat im Februar 2017 mit Euronews eine neue Partnerschaftsrahmenvereinbarung für einen Zeitraum von 4 Jahren unterzeichnet. Diese Vereinbarung ermöglicht es uns, Programme in Hinblick auf EU-Angelegenheiten zu finanzieren und die Mehrsprachigkeit des Senders zu unterstützen.

Die Kommission setzt sich dafür ein, die sprachliche Vielfalt von Euronews zu schützen. Parallel dazu müssen in den nächsten Jahren kontinuierliche Anstrengungen zur Anpassung an die neuen Gewohnheiten des Publikums und an die technologischen Entwicklungen unternommen werden. Zwei von der EU finanzierte Sprachfassungen von Euronews – Arabisch und Farsi – sind bereits digitalisiert worden. Die letzte Überprüfung im Jahr 2016 hat ein großes Potenzial für eine solche Weiterentwicklung aufgezeigt.

Die Vereinbarung mit NBC ist nach meinen Informationen nach monatelangen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Anteilseignern von Euronews kürzlich verabschiedet worden. Wie Sie wissen, ist Euronews ein privates Unternehmen und kann deshalb frei seine eigenen strategischen Entscheidungen treffen. Da die Kommission jedoch eine wichtige Partnerin des Senders ist, hat sie bestimmte Garantien von Euronews gefordert und sich verpflichtet, die potenziellen Auswirkungen der Vereinbarung zwischen NBC und Euronews auf ihre eigene Partnerschaft mit dem Sender zu prüfen.

Die Kommission könnte sich aus der Partnerschaftsvereinbarung zurückziehen, wenn die erwähnten Garantien nicht eingehalten werden. Während meines Mandats werde ich die Umsetzung der Vereinbarung und die Modalitäten der Zusammenarbeit mit Euronews genau beobachten, um den Mehrwert unserer Maßnahmen zu gewährleisten.

Die für Multimedia-Aktionen zur Verfügung stehenden Mittel sind unter dem aktuellen MFR (2014 – 2020) stark gekürzt worden (um etwa 20 %). Angesichts dieser Entwicklung sind die

Aussichten für die Zukunft weniger rosig. Dennoch hat es die Kommission mit Unterstützung des Europäischen Parlaments in den letzten Jahren geschafft, die Mittelausstattung für die Aktionen von Euronews stabil zu halten und die Kontinuität des Radionetzwerks Euranet Plus zu gewährleisten.

Der Finanzierungsbeschluss für 2017 sieht einen neuen Förderrahmen für Euranet Plus vor, der dem Netzwerk die Produktion von Radioprogrammen in den kommenden zwei Jahren (von Mitte 2017 bis Mitte 2019) ermöglichen wird. Diese Förderung wird aufgrund der Haushaltszwänge zwar geringer ausfallen als unter dem vorhergehenden Vertrag, aber das Ziel, den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Radiosendern in Europa zu festigen, wird beibehalten.

*

In Bezug auf „Fake News“ gründet sich der Ansatz der Kommission auf wirksame, freiwillige und selbstregulierende Maßnahmen sowie auf gezielte gesetzgeberische Interventionen.

Neben den im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste vorgeschlagenen Bestimmungen über eine verstärkte Bekämpfung von Hetze werde ich weitere Maßnahmen vorschlagen, mit denen Online-Plattformen und sozialen Netzwerken mehr Anreize für vorgreifende Maßnahmen geboten werden sollen. Ein weiterer Teil unserer Arbeit wird darin bestehen, gemeinsam mit der Hohen Vertreterin unsere strategische Kommunikation zu verbessern, um über die EU hinaus gegen Desinformationskampagnen vorzugehen.

Auf politischer Ebene umfasst unser Instrumentarium zur Bekämpfung von „Fake News“ mehrere Elemente:

- Überprüfung der Inhalte auf „Fake News“: Die Kommission setzt für Forschungs- und Innovationszwecke bestimmte Mittel zur Entwicklung von Instrumenten ein, die den Betreibern dabei helfen sollen, ins Netz gestellte Inhalte – so auch illegale und schädliche Inhalte – ausfindig zu machen und zu überprüfen.
- Die Kommission ist ferner in einen konstruktiven Dialog mit den größten Betreibern sozialer Netzwerke eingetreten, um die Fortschritte bei der Lösung zentraler Probleme wie etwa „Fake News“ zu überprüfen, unter anderem durch eine Zusammenarbeit mit der Presse (z. B. Faktencheck) und/oder Initiativen zur Verbesserung der Medienkompetenz unter den Nutzern.
- Medienkompetenz: Unsere Arbeit umfasst eine Zusammenarbeit mit den wichtigsten Plattformen im Bereich der sozialen Medien wie Facebook, Google und Twitter sowie mit Experten für Medienkompetenz aus ganz Europa.
- Dialog mit den Mitgliedstaaten: Ziel ist die Einrichtung einer Expertengruppe für soziale Netzwerke in den Mitgliedstaaten, um bewährte Verfahren zu ermitteln, Lösungen zu erörtern, Forschungsergebnisse auszutauschen und harmonisierte Ansätze zu finden.